



Zukunftspakt UKSH

Zukunftspakt UKSH

vom 12. November 2019

Präambel

Als eines der größten europäischen Zentren der Universitätsmedizin verbindet das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) internationale Spitzenforschung mit interdisziplinärer Krankenversorgung und der Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten. Als einziger Maximalversorger des Landes ist das UKSH mit seinen mehr als 14.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unverzichtbar für die medizinische Versorgung der Menschen in Schleswig-Holstein.

Für die bauliche Erneuerung des Universitätsklinikums wurde bereits 2014 das ÖPP-Projekt auf den Weg gebracht, dessen Fertigstellung für das Jahr 2022 geplant ist. Damit wird die Grundlage geschaffen, um das UKSH als qualitativ hochwertigen Maximalversorger zukunftsfähig zu machen. Zudem soll das ÖPP-Projekt zur Konsolidierung des UKSH sowie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Klinikum beitragen.

Zur weiteren Stärkung des UKSH sollen neben dem ÖPP-Projekt zusätzliche Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen umgesetzt werden. Hierzu haben Land und UKSH einen gemeinsamen Weg erarbeitet, der vorsieht, in den kommenden Jahren weitere bauliche Investitionen voranzutreiben, die das UKSH als modernen Maximalversorger sichern. Darüber hinaus haben sich Land und UKSH über Maßnahmen zur finanziellen Stärkung und Entlastung des UKSH verständigt.

Mit dem Zukunftspakt UKSH wird ein optimaler baulicher Zustand sowie eine exzellente medizinische Versorgung sichergestellt. Die Unterzeichnenden erklären gemeinsam, die im Folgenden ausgeführten Vereinbarungen umzusetzen und die dafür notwendigen rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

I. Investitionsmaßnahmen

In einem ersten Schritt haben die Landesregierung und das UKSH im Juni 2019 gemeinsam erklärt, dass im Grundsatz Einigkeit über weitere Investitionsbedarfe des UKSH (außerhalb des ÖPP-Projektes) besteht. Dazu zählen Maßnahmen für die (Schadstoff-)Sanierung und den Brandschutz im Bestand sowie zur Stillstandbewirtschaftung für aus der Nutzung gehende Gebäude. Das prognostizierte Volumen dieser Investitionsbedarfe beträgt rund 317 Millionen Euro. Weitere Maßnahmen im Umfang von prognostiziert rund 84 Millionen Euro (insbes. Infrastruktur Außenbereich Campus) lösen aus Sicht der Landesregierung und des UKSH keinen unmittelbaren Handlungsbedarf aus. Diese Maßnahmen werden daher einvernehmlich zwischen Landesregierung und UKSH zurückgestellt und bis Mitte 2021 neu bewertet.

In einem zweiten Schritt stellen Land und UKSH fest, dass neben den Maßnahmen in Höhe von prognostiziert rund 317 Millionen Euro im Grundsatz Einigkeit über weitere Investitionsmaßnahmen besteht. Hierzu zählen u.a. Ersatz- und Neubeschaffungen im Bereich IT, der Umbau der Abteilung für Zentrale Sterilgutversorgung (ZSVA) zur Logistikzentrale sowie die Errichtung von Mobilitätscentern. Diese Maßnahmen umfassen ein Volumen von prognostiziert rund 85 Millionen Euro.

Zusammengenommen umfasst somit das Maßnahmenpaket aus den Schritten I und II, welches nach Planungen des UKSH zum Stand November 2019 mittelfristig umgesetzt werden kann, nach aktueller Schätzung Investitionen mit nachgewiesenen Bedarfen in Höhe von rund 402 Millionen Euro.

Zur Finanzierung dieses Maßnahmenpakets sind 253 Millionen Euro in der Finanzplanung des Landes berücksichtigt. Darüber hinaus wird das Land ab 2026 weitere 25 Millionen Euro jährlich in der Finanzplanung bereitstellen, bis die restlichen Maßnahmen der Schritte I bis II in Höhe von prognostiziert 149 Millionen Euro vollständig finanziert sind. Das UKSH wird Maßnahmen zunächst vorfinanzieren. Wie bisher werden mögliche weitere Maßnahmen (insbesondere Nachträge) im Rahmen des ÖPP-Projektes vom UKSH finanziert.

Neben dem Maßnahmenpaket aus den Schritten I und II hat das UKSH gegenüber dem Land bereits weitere mögliche Investitionsbedarfe benannt. Diese sollen in einem dritten Schritt gemeinsam erörtert und bewertet werden. Die Landesregierung und das

UKSH beabsichtigen, sich bis Mitte 2021 in diesem dritten Schritt darüber zu verständigen, welche dieser Maßnahmen anerkannt und umgesetzt werden sollen. Zusammen mit den zunächst zurückgestellten Maßnahmen in Höhe von 84 Millionen Euro belaufen sich die noch zu bewertenden Maßnahmen des UKSH auf prognostiziert rund 303 Millionen Euro. Dabei ist ein Teil der Maßnahmen für das Zentrum für integrative Psychiatrie (ZIP) nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz zu finanzieren, der andere Teil ist durch das ZIP selbst zu erwirtschaften. Unter Berücksichtigung der Verantwortung des Landes werden sich Land und UKSH im beschriebenen zeitlichen Rahmen über die Finanzierung des verbleibenden Betrages für Maßnahmen aus Schritt III verständigen. Eine Übersicht der einzelnen Maßnahmen aus den Schritten I bis III findet sich im Anhang.

Bei der Planung und Umsetzung der benannten Maßnahmen gelten die Prinzipien der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Das UKSH berichtet regelmäßig an die Gewährträgersammlung und den Wirtschaftsausschuss des Aufsichtsrates über die Entwicklung der finanziellen und betrieblichen Situation. Über Abweichungen bei den Investitionsmaßnahmen, Veränderungen relevanter Annahmen aus dem Wirtschaftsplan oder besondere Entwicklungen bezogen auf den Personalkörper sind Gewährträgersammlung und Wirtschaftsausschuss des Aufsichtsrates möglichst frühzeitig zu informieren.

Die Landesregierung berichtet dem Landtag mindestens zweimal jährlich im Beteiligungsausschuss.

II. Rahmenbedingungen

Das Sanierungskonzept des UKSH darf zu keiner Arbeitsverdichtung über die bisherige Konzeption hinaus beim Personal führen (s. Landtagsbeschluss Drs. 18/3843, 09.02.2016). Der Vorstand des UKSH bekennt sich zu den Absprachen aus 2014. Nach der Fertigstellung des ÖPP-Projektes soll die im Rahmen des ÖPP-Projektes zugesagte Effizienzrendite wie vereinbart durch Neuorganisation und Fallzahlsteigerungen erbracht werden. Sowohl die ÖPP-Raten als auch Zinsen und Tilgung der Kredite im Zusammenhang mit dem ÖPP sollen vom UKSH vollständig erwirtschaftet werden.

Ziel bleibt es, dass das USKH inklusive aller ÖPP-Verpflichtungen nach Vollendung der baulichen ÖPP-Maßnahmen positive Jahresergebnisse erreicht.

Der Vorstand des UKSH erkennt an, dass das Land mit dem unterzeichneten Zukunftspakt seiner Verpflichtung gemäß § 9 Abs. 1 HSG nachkommt. Dazu trägt auch die unter V. dargestellte Gewährung des zinslosen Darlehens bei. Zudem trägt das Land seit 2018 die Tarifsteigerungen für die medizinische Forschung und Lehre und sichert diese ab 2020 über die Ziel- und Leistungsvereinbarungen ab.

Alle aus dem Landeshaushalt zu finanzierenden Maßnahmen stehen unter Haushaltsvorbehalt.

III. Kreditrahmen

Die Landesregierung sagt zu, den aktuell bei 1,25 Milliarden Euro liegenden Kreditrahmen des UKSH anzuheben. Auf Basis des geltenden Rechts soll der Kreditrahmen in einem ersten Schritt im November 2019 auf rund 1,65 Milliarden Euro erhöht werden. Auf Grundlage der HSG-Novelle¹, die 2021 in Kraft treten soll, ist in einem zweiten Schritt eine weitere Anhebung des Kreditrahmens geplant, um dem UKSH auch die Kreditfinanzierung weiterer bis Mitte 2021 geeinter Investitionsbedarfe zu ermöglichen.

IV. Übernahme von Schulden

Vorbehaltlich einer entsprechenden haushaltsgesetzlichen Ermächtigung im Haushaltsgesetz 2020 und einer darauf basierenden vertraglichen Vereinbarung zwischen dem UKSH und dem Land Schleswig-Holstein wird das Land Verbindlichkeiten

¹ Im Rahmen der Novellierung des Hochschulgesetzes ist geplant, das Verfahren der Festlegung des Kreditrahmens für das UKSH (§ 92 Abs. 9 HSG) dahingehend zu verändern, dass der Haushaltsgesetzgeber in den Prozess eingebunden wird.

in Höhe von insgesamt bis zu 341 Millionen Euro² übernehmen. Ziel ist ein Schuldnerwechsel bis Ende 2022.

Mit dem Übernahmevertrag wird das Jahresergebnis des UKSH entlastet.

V. Weitere Maßnahmen zur finanziellen Entlastung und Stärkung des UKSH

Das Land und das UKSH haben sich auf weitere Maßnahmen zur finanziellen Entlastung und Stärkung des UKSH verständigt.

Entlastung um 40 Millionen Euro

Das Land verzichtet auf die vom UKSH im Zuge des Beschlusses der Landesregierung zum ÖPP-Verfahren zugesagten Beteiligung an den Kosten für den Bau von Gebäuden für Forschung und Lehre im Umfang von 40 Millionen Euro.

Anhebung des Investitionstitels

Der Haushaltstitel „Zuschuss für Investitionen sowie zur Deckung für Mieten für Gebäude und Geräte“ wird von 23,26 Millionen Euro auf 24 Millionen Euro ab 2020 aufgestockt. In diesem Titel sind seit 2017 jährlich 5 Mio. Euro enthalten, mit denen das Land im Zeitraum bis 2024 insgesamt 40 Millionen Euro zur Finanzierung von Forschungs- und Lehre-Bauten bereitstellt. Ab 2025 werden diese 5 Millionen Euro p.a. der Universitätsmedizin für Investitionen zur Verfügung stehen.

Das Land sagt eine weitere schrittweise Anhebung des Haushaltstitels „Zuschuss für Investitionen sowie zur Deckung für Mieten für Gebäude und Geräte“ ab 2026 auf rund 50 Millionen Euro in 2028 zu.

Der Vorstand des UKSH erkennt an, dass das UKSH mit der geplanten Erhöhung des Investitionszuschusses in die Lage versetzt wird, das Klinikum nach der anstehenden

² Das UKSH ist zur Finanzierung von Investitionen nach § 9 Abs. 1 und § 92 Abs. 3 Nr. 3 HSG Kreditverbindlichkeiten in Höhe von rund 257 Millionen Euro eingegangen. Weitere Kredite bis zu einer Höhe von rund 83 Millionen Euro können aufgenommen werden.

Modernisierung dauerhaft in einem modernen Zustand zu erhalten, ohne auf Kreditfinanzierung angewiesen zu sein.

Rücknahme geplanter Kürzungen

Das Land wird die im Haushaltsentwurf 2020 enthaltenen Kürzungen beim Zuschuss für rechtsmedizinische Aufgaben (534,0 TEuro) sowie bei der zahnärztlichen Approbationsordnung (666,7 TEuro; enthalten im Titel „Zuschuss für Forschung und Lehre in der klinischen Medizin“) mit der Nachschiebeliste zurücknehmen.

Zinsloses Darlehen

Unter der Bedingung, dass die vom Landtag beschlossenen Voraussetzungen (Drs. 18/3843) erfüllt sind, stärkt das Land das UKSH in 2020 durch die Gewährung eines weiteren zinslosen Darlehens in Höhe von 20 Millionen Euro. Mit den bereits gewährten bzw. in Aussicht gestellten zinslosen Darlehen in 2018 und 2019 in Höhe von je 40 Millionen Euro wird das Klinikum in die Lage versetzt werden, fällige Kredite in Höhe von insgesamt 100 Millionen Euro zu bedienen und zugleich Zinsen zu sparen. Die Laufzeit der zinslosen Darlehen erstreckt sich bis 2050.

Mit der Maßnahme folgt das Land einem Landtagsbeschluss von 2016, der Unterstützungsmaßnahmen in Aussicht gestellt hatte, sobald das UKSH die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt.

Sicherstellung der Finanzierung der Gesundheitsversorgung

Zur dauerhaften Sicherung der Versorgung der Menschen mit qualitativ hochwertiger Spitzenmedizin setzt sich das Land auf allen Ebenen dafür ein, dass die Finanzierung der notwendigen Kosten im Gesundheitswesen - differenziert nach den jeweiligen Versorgungsbedarfen - ohne weitere Ergänzungsmittel der Länderhaushalte, wie beispielsweise Extremkostenzuschüsse, gewährleistet wird. Alle Akteure sind aufgerufen, sich für eine solche Auskömmlichkeit einzusetzen, die nicht nur dem UKSH, sondern allen Krankenhäusern zur sachgerechten Erfüllung ihrer Versorgungsaufträge zur Gute kommt. Ein wichtiger erster Schritt ist hierbei die von Schleswig-Holstein im

Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz 2019 initiierte Arbeitsgruppe zur Reform der Krankenhausentgelte.

VI. Verbesserungen im Pflegebereich durch Erprobung des Arbeitszeitmodells 3-3

Ziel des UKSH ist es, mit der Arbeitnehmervertretung zu vereinbaren, das schwedische Arbeitszeitmodell „3 Tage arbeiten - 3 Tage frei“ zunächst für 2 Jahre an ausgewählten Stationen und Bereichen zum Zwecke der Evaluation einzuführen. Das UKSH verpflichtet sich, die zur Finanzierung des „3-3 Modells“ notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen und dafür auch weitere Fördermittel einzuwerben.

Das Land und das UKSH versprechen sich aufgrund der mit dem Modell einhergehenden besseren Verteilung der Arbeitsbelastung eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal. Ziel ist es, mithilfe des innovativen Arbeitszeitmodells, das höhere Erholungszeiten bietet, die Krankheitsquote bei den Pflegekräften deutlich zu senken und vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit zu bieten, ihre Aufgaben im Rahmen einer Vollzeitstelle zu erbringen und somit dem Fachkräftemangel im Pflegebereich entgegen zu wirken.

Dafür wird das UKSH im Rahmen seiner Budgetverhandlungen mit den Krankenkassen die mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz neu geschaffenen Finanzierungsmöglichkeiten ausschöpfen, um neben der modellhaften Erprobung des Arbeitszeitmodells auch eine dauerhafte Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarung von Pflege, Familie und Beruf zu ermöglichen und seine Attraktivität als Arbeitgeber zu steigern.

Für Land und UKSH ist es von großem Wert, mit dem einzigen Maximalversorger in Schleswig-Holstein einen attraktiven Arbeitgeber mit einem guten Betriebsklima zu haben.

Anhang: Maßnahmenübersicht

Maßnahmen Schritt I (Verständigung Juni 2019)

	Maßnahme
1	Sanierungsmaßnahmen der Infrastruktur am gesamten Campus (u.a. von Ver- und Entsorgungsleitungen)
2	Sanierungsmaßnahmen in den vorhandenen Bestandsgebäuden
3	Schadstoffsanierungen in den vorhandenen Bestandsgebäuden
4	Brandschutzmaßnahmen in den vorhandenen Bestandsgebäuden
5	Stillstandsbewirtschaftung für aus der Nutzung gehende Gebäude
6	Landesbaumaßnahmen Interdisziplinäre Notaufnahme + Zentraler OP
	Zwischensumme: bis zu 401 Mio. Euro
	Abzgl. Maßnahme 1 und 6 (Sanierungsmaßnahmen der Infrastruktur am gesamten Campus, Landesbaumaßnahmen Interdisziplinäre Notaufnahme + Zentraler OP); diese werden Teil der Maßnahmen Schritt III
	Summe Schritt I: bis zu 317 Mio. Euro

Maßnahmen Schritt II (Verständigung November 2019)

	Maßnahme
1	Umbau der bestehenden ZSVA zur Logistikzentrale/ Einrichtung von Mobilitätsstationen an beiden Campi
2	Erforderliche Ersatz- und Neubeschaffungen zur Aufrechterhaltung des IT-Standards
3	Neubau eines Plasmalagers aufgrund behördlicher Auflagen
	Summe Schritt II: bis zu 85 Mio. Euro
	Übertrag Maßnahmenpaket Schritt I: 317 Mio. Euro
	Summe Schritt I + II: bis zu 402 Mio. Euro

Maßnahmen Schritt III (Verständigung bis Mitte 2021)

	Maßnahme
1	Nachnutzungskonzepte Campi Kiel und Lübeck
2	Erweiterung Eltern-Kind-Zentren
3	Einrichtung von sektorenübergreifend arbeitenden Integrierten Notfallzentren (INZ) zur Entlastung der Notaufnahmen
4	Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen des ZIP - Zentrum für Integrative Psychiatrie ³
5	Maßnahmen aufgrund gesetzlicher Anforderungen
	Zwischensumme Schritt III: bis zu 219 Mio. Euro
6	zzgl. Sanierungsmaßnahmen der Infrastruktur am gesamten Campus (u.a. von Ver- und Entsorgungsleitungen)
7	zzgl. Landesbaumaßnahmen Interdisziplinäre Notaufnahme + Zentraler OP
	Summe Schritt III: bis zu 303 Mio. Euro
	Übertrag Maßnahmenpakete Schritt I + II: bis zu 402 Mio. Euro
	Summe Schritte I bis III: bis zu 705 Mio. Euro⁴

³ Ein Teil der Maßnahmen für das Zentrum für integrative Psychiatrie (ZIP) ist nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz zu finanzieren.



Karin Prien
Ministerium für Bildung, Wissenschaft und
Kultur



Monika Heinold
Finanzministerium



Dr. Heiner Garg
Ministerium für Soziales, Gesundheit,
Jugend, Familie und Senioren




Tobias Koch
Fraktion CDU



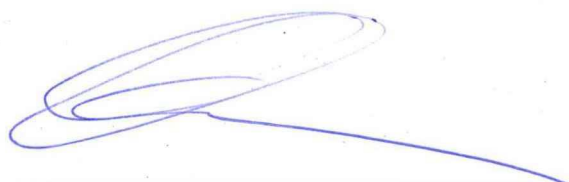
Dr. Ralf Stegner
Fraktion SPD



Eka von Kalben
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen



Christopher Vogt
Fraktion FDP



Lars Harms
SSW



Prof. Dr. Jens Scholz
Universitätsklinikum Schleswig-Holstein



Peter Pansegrau
Universitätsklinikum Schleswig-Holstein



Michael Kiens
Universitätsklinikum Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein. Der echte Norden.